

Verónica Schild

Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher Fortschritt. Feministinnen, der Staat und die Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernamentalität

Die Wahl des Sozialisten Ricardo Lagos im Jahr 2000 zum Regierungschef der dritten Mitte-Links-Koalition in Chile, *Concertación* genannt, wurde weltweit als eine „moderne“ oder dem europäischen Vorbild folgende, demokratische Alternative begrüßt, ein Wegbereiter einer vernünftigen Bewegung hin zu einem „Dritten Weg für die Amerikas“.¹ Den Dritten Weg stellt man sich in den Debatten über die Politik, die ihn besonders im sozialen Bereich kennzeichnen soll, als Mittelweg zwischen zwei extremen Polen vor: zwischen einem ungehinderten, freien Markt auf der einen Seite und staatlichem Interventionismus oder „Sozialismus“ auf der anderen. Neben der Propagierung des Konsenses, der das Land hinter dem Ziel erfolgreicher Konkurrenz in der Weltwirtschaft sammeln soll, als der neuen Strategie, Modernität zu erreichen, nimmt die volle Partizipation der Frauen in der Rhetorik des Dritten Weges in Chile eine zentrale Stelle ein. Diese Strategie enthält zentral eine neue Runde institutioneller Reformen oder „Modernisierungen“ des Staates. *Gender mainstreaming* als Schlüsselkriterium staatlichen Handelns erscheint darin an herausgehobener Stelle.

Adriana Delpiano, die erste Direktorin des *Servicio Nacional de la Mujer* (SERNAM) unter Präsident Lagos, beschrieb die Selbstverpflichtung für die volle Bürgerschaft der Frauen in der Agenda des Präsidenten zur vollständigeren Integration Chiles in die globale Arena als „eine der Säulen von Lagos' Regierung“. Dies bedeutet zunächst die Förderung der ökonomischen Autonomie der Frauen als eines Mittels, sicherzustellen, dass ihr „enormes menschliches Potential“ für das Projekt des Aufbaus eines modernen Chile eingespannt wird (Delpiano 2002). Feministinnen betrachten die Sichtbarkeit der Gleichberechtigung von Frauen und der Gender-Frage in der öffentlichen Agenda als historische Errungenschaft. Trotz dieser Aussage bedeutet seitdem die Förderung der „aktiven“ Partizipation von Frauen im Projekt ökonomischer und politischer Entwicklung, indem zuerst und vor allem ihre „ökonomische Autonomie“ bestärkt wird, nicht für alle chilenischen Frauen das Gleiche.

Die Förderung der vollen Bürgerschaft der Frauen wird wieder einmal mit der Realität von Armut und Marginalität – besonders der Frauen – konfrontiert, die die Sozialpolitik seit der Rückkehr zu einer zivilen Regierung 1990 dominiert hat. Arme Frauen gehören zu jenen Millionen ChilenInnen, die es nicht aus eigener Kraft geschafft haben, den wettbewerbsorientierten Pfaden zu ökonomischem *empowerment* zu folgen, die das ökonomische Modell vorsieht. Die Lagos-Regierung bietet ihnen nicht die materiellen Mittel, dies zu tun, sondern bietet statt dessen, wie frühere *Concertación*-Administrationen, korrektive Maßnahmen moralpädagogischer Natur an, die darauf abzielen, Frauen für den Markt vorzubereiten. Damit ist die gegenwärtige Regierung, genau wie ihre Vorgänger, nicht zu einem Politik-Typus der allgemeinen Wohlfahrt zurückgekehrt, um die strafenden Effekte des gegenwärtigen Entwicklungsmodells zu korrigieren. Weil sie ihre Schutzfunktion gegenüber den vielen tausend Frauen, die von sich aus nicht fähig sind, sich ökonomisch zu *empowern*, nicht übernehmen wollten, haben staatliche Organe statt dessen diese Frauen in Kollaboration mit der organisierten Gesellschaft interventionistischen Technologien unterworfen, die sie zur Selbsthilfe ermutigen sollen. Für arme Klientinnen läuft es darauf hinaus, dass ihr Übergang von der Machtlosigkeit zu voller Bürgerschaft von ihrem eigenen „Willen“ zum *empowerment* abhängt.² In diesem Sinne sind arme Frauen nicht Bürgerinnen, sondern sie müssen durch ein Programm persönlicher Umwandlung zu Bürgerinnen konstituiert werden. Es muss ihnen erst beigebracht werden, autonom und selbstbestimmt oder Subjekte ihrer eigenen Rechte sein zu wollen und ökonomisches *empowerment* zu erstreben, indem sie ihrer Existenz eine unternehmerische Form geben. Daher lautet die Frage, die wir stellen müssen: Wie erklären wir diese intensive Sorge um die Subjektivität von Frauen seitens des Sozialstaates? Gibt es eine Beziehung zwischen dieser Sorge und dem kollektiven Ziel des *empowerment* von Frauen zur Stärkung des politischen Widerstands der Frauenbewegung der 1980er Jahre?

Die Freiheit individueller Frauen in Einklang mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in Chile zu bringen, indem die Bedingungen ihrer Bürgerschaft definiert werden, ist nicht neu. Tatsächlich war es ein ausdrückliches Anliegen moderner, sozialer Regierung während der ganzen zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere während der Periode der reform-orientierten Regierungen in den 1960er und den frühen 1970er Jahren. Das damalige Anliegen war, die Häuslichkeit von Frauen zu verstärken, indem an ihre Verantwortlichkeiten als Mütter und als diejenigen appelliert wurde, die ein Zuhause schaffen. Das Neue ist der Appell an Frauen als unternehmerisches Selbst statt als Selbst für andere.

Dieser Artikel geht von der Vermutung aus, dass es eine Beziehung gibt zwischen Regierung, dem Vermächtnis des von Feministinnen und von der Frauenbewegung im weiteren Sinne angesammelten Expertenwissens und dem gegen-

wärtigen Projekt der Normalisierung der armen Frauen Chiles. Die Techniken der Selbst-Regierung, die von feministischen Aktivistinnen und Hauptamtlichen als Teil ihrer Bewusstseinsbildungs-Projekte im Kontext gendersensibler Gemeinschaftsentwicklungs-Programme in den 1980er Jahren perfektioniert wurden, wurden in den 1990ern zu Quellen für die Neustrukturierung der Sicherheits-Vorsorge und für die Umwandlung von Klienten in ein unternehmerisches Selbst. Die gegenwärtigen Reformen sind eine Fortsetzung dieses Prozesses, soziale Unterstützung für Frauen davon abhängig zu machen, dass sie die Einstellungen und Bestrebungen zeigen, die notwendig sind, um für ihr eigenes Selbst auf dem Markt verantwortlich zu werden.

Weiter gefasst zeigt dieser Artikel den Beitrag von feministischem Aktivismus und Expertenwissen zur Neugestaltung sozialer Regierung in Chile und, damit zusammenhängend, zur Verfestigung einer neuen Rationalität von Regierung. Diese Rationalität, die ich als neoliberal charakterisiere, weil sie einer für modernen Liberalismus typischen, ökonomischen Logik folgt – auch als ökonomischer Liberalismus oder ökonomischer Rationalismus bezeichnet –, durchdringt nicht nur institutionelle Formen und Praktiken, sondern auch soziale Beziehungen im weiteren Sinne sowie den Inhalt politischer und sozialer Identität. Die zeitgenössische chilenische Gesellschaft ist tatsächlich von einem neuen moralischen Ethos geprägt, dem Ethos des Marktes; dies ist die Essenz der neuen „Modernität“, auf die sich Politiker ebenso wie Wissenschaftler berufen.

Im sozialen Bereich haben die institutionellen Neuerungen der vergangenen Dekade den Aufstieg von Diskursen und Praktiken erfahren, die von dieser Marktlogik geprägt sind. Darüber hinaus haben diese Formen und Praktiken charakteristische Auswirkungen auf die von ihnen Beherrschten. Soziale Dienste, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeitsbedingungen, und im Endeffekt das Ganze der assoziativen und organisatorischen Formen quer durch die chilenische Gesellschaft – oder das, was manche „Zivilgesellschaft“ nennen – ermuntern allesamt, wenn es sein muss zwangsweise, die von ihnen Beherrschten dazu, Verhaltens- und Beziehungsformen sich selbst und anderen gegenüber anzunehmen, die von (um Donzelots Formulierung zu benutzen) „vertraglicher Bedeutung“ sind. Das bedeutet, dass Individuen und Gemeinschaften aktive Beteiligung bei der Verfolgung bestimmter Handlungen angeboten wird, aber diese Beteiligung muss eine bestimmte Form annehmen. Sie muss nämlich verantwortlich, selbstbestimmt und vor allem autonom sein. Donzelot hat dies in einem Text über neoliberale Transformationen in Europa die „Autonomisierung“ der Gesellschaft durch einen Komplex von Werten und Verhaltensweisen genannt, die sich eng an die des Wirtschaftsunternehmens annähern, und die eine „Verantwortlichmachung“ der Beherrschten fördern und verfestigen (Burchell 1996: 29).

Die feministische Sorge um das persönliche *empowerment* von Frauen hat die Werte und Techniken beigebracht, das chilenische Projekt der Verantwortlichmachung der Regierten, das für die neoliberale Rationalität von Regierung zentral ist, geschlechterbezogen zu behandeln. *Empowerment*, so die Vermutung in diesem Artikel, ist ein Klassen-basiertes Machtverhältnis und kein in sich fortschrittliches Ziel. Feministisches Expertenwissen ist verantwortlich für die Umwandlung dieser feministischen Sorge um *empowerment* in Techniken und Strategien zur Herstellung rationaler, unternehmerischer Akteure, die für Chiles kapitalistische Entwicklungsstrategie funktional sind. Der Artikel vertritt die Meinung, dass diese Umwandlung im Kontext der umfassenderen Neugestaltung bzw. Neueregulierung der Gesellschaft auf der Linie einer neuen Rationalität von Herrschaft als ein geschlechterbezogener Prozess anzusehen ist, in dem Frauen aktiv Handelnde waren und sind. Darüber hinaus stützt er sich auf die Erkenntnis von Macht als einer nicht nur Zwang ausübenden und repressiven, sondern als einer produktiven, ermächtigenden Beziehung.

Auf den folgenden Seiten untersuche ich die Beiträge von Feministinnen und Frauenbewegung zu Prozessen der „Herstellung“ neoliberaler Regierung als einer kulturell-politischen Neugestaltung mit starken Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen und auf geschlechtsbezogene Bürgerschaft. Ich zeige diese intensive Sorge um Individuen und ihre persönliche Freiheit, die inzwischen das Feld der Sozialpolitik dominiert, indem ich die Geschichte des *Programa de la Mujer*, PRODEMU, untersuche, einer Stiftung, die von der *Concertación* aus politischen Gründen eingerichtet wurde, um Frauen aus armen und Arbeiterklasse-Gebieten zu erreichen.

Neoliberalismus, so behaupte ich, muss als das moralische Ethos verstanden werden, das sich mit der gegenwärtigen Staatsformation deckt und mit der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus übereinstimmt. Die Rekonstruktion der jüngeren Geschichte feministischer Beteiligung an der institutionellen Transformation in Chiles sozialem Sektor veranschaulicht gleichzeitig die geschlechterbezogene Neuschaffung dieser Staatsform und ihre starken und breit gestreuten, kulturellen Auswirkungen. Mein Gesamtziel ist es, den Neoliberalismus als die neue Rationalität von Herrschaft durch einen Ansatz zu prüfen, der sich ausdrücklich auf den Diskurs in seiner eingebetteten Materialität konzentriert, das heißt, indem Fragen sozialen Handelns, sozialer Konflikte und sozialer Praxis angesprochen werden; in anderen Worten: Er behandelt Diskurs nicht als losgelöstes „Symbolsystem“.³

Dieser Artikel baut auf neueren Arbeiten zur Gouvernamentalität (z.B. Rose 1999; Burchell 1996) auf, erstreckt sich aber auch darüber hinaus, indem er die Verschiebung in der Rationalität von Herrschaft zu den konkreten Handlungen und Diskursen sozialer Akteure nachzeichnet und die Zentralität des Staates dar-

in betont. Das Vermächtnis der Frauenbewegung sowie feministische Diskurse über die Gleichberechtigung der Frauen, so zeige ich, sind in Techniken und Strategien zur Schaffung geschlechtsbezogener BürgerInnen durch Anti-Armuts- und andere soziale Programme umgewandelt worden. Der Artikel beruht auf einem Ansatz, der Anleihen bei feministischer, post-strukturalistischer Kritik, Michel Foucaults Analysen der Gouvernamentalität und neueren staatstheoretischen Arbeiten von Wissenschaftlern nimmt, die darauf bestehen, dass wir die Zentralität des Staates als eines Architekten kulturell-politischer Transformationen nicht aus den Augen verlieren dürfen. Er zeichnet die konkreten Ursprünge der Konfiguration neoliberaler Regierung nach, indem er den Wechsel zu neoliberalen bzw. spätliberalen Rationalitäten von Herrschaft mit dem Vermächtnis sozialer Bewegungen, in diesem Fall der Frauenbewegung, und mit den Dynamiken bürokratischer Transformationen in Verbindung bringt.

Neoliberalismus als die neue Rationalität von Regierung

Die Rhetorik des Dritten Weges, ob sie in Chile oder anderswo geäußert wird, ist in dieser Hinsicht irreführend: Die Oberhoheit des Marktes, die im Neoliberalismus gehütet wird, wurde nicht ausdrücklich anerkannt, sondern hat sich vielmehr verfestigt als etwas sehr viel umfassenderes, als eine Weltanschauung, die Gesellschaft komplett neu formuliert. Sie ist das neue Ethos, das auch die gegenwärtige Rationalität von Regierung geformt hat. Wenn wir über den Neoliberalismus in Verbindung mit Chile nachdenken, neigen wir dazu, uns auf das Programm sozioökonomischer Politik zu beziehen, das mit Deregulierung, Privatisierung und Verschlankung des Staates assoziiert wird, bzw. auf das neoliberale Wirtschaftsmodell, das von 1975 bis 1989 erfolgreich durchgesetzt wurde. Dieser Artikel schlägt vor, dass es genauer ist, sich auf zwei Momente des Neoliberalismus zu beziehen. Ein erstes Moment der ökonomischen und institutionellen Reformen, das die Deregulierung der Wirtschaft, die Privatisierungen, und die drastische Reduzierung der sozialen Rolle des Staates einschließt, wurde durch den Staatsterror während der Periode der Militärherrschaft aufgezwungen. Der chilenische Ökonom Rafael Agacino unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Phasen der Reformen: die Phase der Einführung (1975-1981), der Konsolidierung (1981-1982) und der Anpassung des Neoliberalismus (1982-1989).

Ein zweites Moment von Reformen wurde mit der Wahl der zivilen Regierung von Patricio Aylwin 1990 eingeführt. Sozioökonomisch wird dieses gegenwärtige Moment korrekt wahrgenommen als die Phase der Verwaltung des ökonomischen Modells. Dennoch geht es bei dem gegenwärtigen Moment um mehr als die sozioökonomische Verwaltung, es geht um die Beherrschung der Gesellschaft durch eine neue Rationalität, die in die Werte und Verhaltensweisen des Marktes

eingebettet ist. Diese neue Rationalität von Regierung, eine neoliberale Rationalität, definiert gegenwärtig den kulturellen Inhalt von Institutionen und die Grammatik der Bedingungen des Alltagslebens, einschließlich derer des politischen Handelns neu. Wie uns der verstorbene Tomás Vasconi erinnert, „ist die Alternative zum Marxismus ... der Liberalismus ... nicht nur weil er ein anderes ökonomisches Projekt hat, sondern weil er wie der Marxismus eine vollständige Weltanschauung hat und Gesellschaft vollständig neu formulieren kann.“⁴

Über ein Jahrzehnt lang haben die Chilenen einen Prozess der Bildung einer neuen Kultur- und Politikform durchlebt. Janine Brodie hat es in einem Text über Neoliberalismus in anderem Zusammenhang treffend ausgedrückt:

„Wir befinden uns in einem Prozess der Neuverhandlung grundlegender politischer Konventionen und kultureller Formen, darunter unser gemeinsamer ‘common sense’, unser Verständnis von den angemessenen Grenzen zwischen dem Internationalen und dem Nationalen, dem Staat und der Ökonomie, den öffentlichen und den privaten Bereichen, und selbst die Definition dessen, was es bedeutet, ‘Bürger’ zu sein.“ (Brodie 1995: 10).

Die dritte *Concertación*-Regierung unter Ricardo Lagos, deren Amtszeit jetzt zur Hälfte abgelaufen ist, repräsentiert die Konsolidierung dieses Neoliberalismus als einer Kultur- und Politikform. Ihre Rationalität von Regierung ist ein Abschied vom Prinzip der staatlichen „Subsidiarität“, das die Staatsverschlinkung während der Periode der Militärherrschaft in den 1970er und 1980er Jahren leitete. Subsidiarität setzte ein nahezu totales Vertrauen auf die Kräfte des Marktes als den treibenden Kräften im exportgeleiteten Entwicklungsprozess voraus, und sah den Staat, mit den Worten des damaligen Innenministers Sergio Fernandez, als „verantwortlich ausschließlich für diejenigen Aktivitäten, die Individuen, Familien und private Organisationen ihrer Natur nach nicht adäquat auszuführen in der Lage sind“ (Fernandez, zitiert in Austin 1998: 314).⁵

Die Regierungen unter Patricio Aylwin (1990-1994) und Eduardo Frei (1994-2000), signalisierten keine Wiederherstellung staatlicher Formen und Werte, Normen und Praktiken, die die reformistische Periode der 1960er und frühen 1970er Jahre geprägt hatten. Statt dessen wurden wir im Lauf des vergangenen Jahrzehnts Zeugen der Neuregulierung der Gesellschaft und der Politik entsprechend den Bedingungen einer vom Markt-Ethos geprägten Rationalität von Regierung. Daher müssen wir den Neoliberalismus, obwohl er oft auf die Politik der ökonomischen Anpassung und die sogenannte „Konterrevolution“ reduziert wird, Vasconi folgend, als etwas umfassenderes betrachten. Er ist Liberalismus in seiner modernen Version oder ökonomischer Rationalismus resp. ökonomischer Liberalismus, verfestigt als eine mächtige Kultur- und Politikform. Aufgrund des Horizonts und der Reichweite dieses neuen Liberalismus ist es ange-

messen, von dem gegenwärtigen Moment, das die Rekonfigurationen der Rolle des Staates, der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft und die Neubestimmung sozialer Beziehungen sowie dessen beinhaltet, was es heißt, ein Bürger zu sein, als einer wahrhaften kulturellen Revolution mit starken moralischen Implikationen zu sprechen.

Die neoliberale Rationalität von Regierung ist eine neue Disziplin nicht nur im Bereich der Produktion, wo sie der chilenischen Arbeiterklasse aufgezwungen wird, sondern sie durchzieht die ganze Gesellschaft: Sie ist eine „weiter reichende Disziplin, die Gewöhnung an die Bedeutungen, die bestimmten sozialen Ordnungen und Aktivitäten gegeben werden“ (Corrigan/Sayer 1984: 184). Neoliberale Transformationen sind verantwortlich für die Bildung einer „neuen Denkweise über die Gegenstände, Ziele, Mechanismen und Grenzen von Regierung“, die sich in den vergangenen dreißig Jahren ausgebildet hat (Rose 1999: 139). Diese neue Denkweise, dieses neue Ethos bzw. diese neue Rationalität von Regierung versucht nicht nur das Verhältnis zwischen Staat und Volk – oder Staat und „Gesellschaft“ – neu zu definieren, sondern auch, indem sie dies tut, bestimmte Verhaltensweisen und Werte in der Bevölkerung und im Endeffekt bevorzugte, kollektive und individuelle Formen der Selbst-Identifikation, zu bestärken. Sie richtet das Hauptaugenmerk ausdrücklich auf die Beherrschten und zielt dabei zunehmend „auf die Individuen in ihrer innersten Individualität ab“ (Burchell 1996: 29). Wenn es um die Reichweite der neoliberalen, sozioökonomischen Transformationen geht, sprechen einige kritische Wissenschaftler wie Rafael Agacino vom gegenwärtigen Moment als einem der „Konsolidierung einer Konterrevolution“ (Agacino 2003). Hier betone ich, dass der Neoliberalismus auch Teil ist eines Prozesses der Staatsbildung und der „damit verbundenen kulturellen Revolution zur Ordnung einer Gesellschaft, in der kapitalistische Ökonomie möglich ist“ (Corrigan/Sayer 1984: 187).

Die derzeitigen, mit Globalisierung assoziierten Transformationen in der politischen Ökonomie und die Schwächung einiger, wenn auch kritischer Dimensionen staatlichen Handelns angesichts globaler Kräfte, z.B. der Verzicht auf die Kontrolle über grenzüberschreitende Kapitalbewegungen oder auf eine vermittelnden Rolle im Konfliktfeld der Produktion, werden tendenziell zu schnell mit dem „Verschwinden“ des Nationalstaates an sich identifiziert. Dies geht am Sachverhalt vorbei. Während die Staaten einiges von ihrer früheren Bedeutung verloren haben mögen, bleiben sie doch weiterhin entscheidende Akteure in einer Reihe von Konfliktfeldern. Dazu gehören z.B. „die Definition von Zugang zu Bürgerschaft und ihren Vorteilen, die Kontrolle und Produktion von Gewalt, und die Metakoordination der verschiedenen Nichtregierungs-Institutionen, die an ‘governance’ beteiligt sind“ (Steinmetz 1999: 11). Die Aufgabe beim Verständnis der Natur des Neoliberalismus als Kulturform ist also nicht, den Staat hinter sich zu lassen, son-

dern den Staat in kulturellen Begriffen neu zu denken.⁶ In diesem Zusammenhang ist es interessant zu bemerken, dass Foucault, obwohl er in einer sehr elaborierten Diskussion die Natur moderner Macht in ihrem dezentralen und allumfassenden Charakter darstellte, nicht aufhörte, dem Staat einen besonderen Status zuzuschreiben. Wie Steinmetz bemerkt, hat Foucault nach den Revolutionen in der Disziplin des neunzehnten Jahrhunderts – die einige Autoren als gleichbedeutend mit dem Verlust der Zentralität des Staates in der Frage moderner Macht interpretiert haben – zugestanden, dass der Staat einen besonderen Status behält (ebd.; Foucault 1979: 213ff; Foucault 1980: 166-193). In „Das Subjekt und die Macht“ stellt Foucault fest: „Ich möchte aber unterstreichen, dass die Macht des Staates (und das ist einer der Gründe für ihre Stärke) eine zugleich individualisierende und totalisierende Form der Macht ist“ (Foucault 1982: 782). Die Stärke des modernen Staates wurzelt in seiner Gouvernementalisierung, einem langanhaltenden Prozess, so Foucault, durch den die Wohlfahrt von Bevölkerungen zu einer Zuständigkeit des Staates wurde. Von daher ist der Staat vielleicht nicht das „kalte Monster“, als das er in der Literatur dargestellt und in jüngster Zeit durch von Foucault inspirierte Studien über Gouvernementalität verabschiedet worden ist, sondern „er behält weiterhin einen besonderen Status in den Bemühungen, hegemoniale Identitäten zu konstruieren und die zentripetalen Identifikationen innerhalb jedes beliebigen gegebenen Territoriums entlang nationalistischer Linien zu vereinen“ (Steinmetz 199: 11).⁷

Corrigan und Sayer erinnern daran, dass das Repertoire von Aktivitäten und Institutionen, welches für gewöhnlich mit 'dem Staat' identifiziert wird, kulturelle Formen sind, die „sehr detailliert akzeptable Formen und Bilder gesellschaftlicher Aktivität und individueller wie kollektiver Identität definieren; sie regulieren, auf empirisch bestimmbare Weisen, vieles – im zwanzigsten Jahrhundert inzwischen sehr vieles – vom gesellschaftlichen Leben“ (Corrigan/Sayer 1985: 3). In diesem Sinne liegt der besondere Status des Staates in modernen Regierungsformen in seiner Sorge darum, die Mittel und Formen zur Lenkung von Individuen und Kollektiven zu arrangieren, durch die Konsens erzeugt oder politisch organisierte Unterwerfung an passender Stelle eingesetzt wird. (Vgl. z. B. Rose 1996; 1999; Dean 1994; Barry/Osborne/Rose 1996). Tatsächlich werden durch Prozesse von Regierung, verstanden als die Führung von Verhalten, von den zahlreichen „Weisen, wie gesellschaftliches Leben organisiert werden könnte“, und aus „der riesigen Bandbreite menschlicher sozialer Fähigkeiten“ einige bestärkt, manche sogar zwangsweise, wenn untergeordnete Bevölkerungsgruppen, ins Fadenkreuz der Macht geraten, beispielsweise „die Armen“, „die Wohlfahrtsempfänger“, oder „die Arbeitslosen“. Andere Formen gesellschaftlichen Lebens und sozialer Fähigkeiten hingegen werden aus dem Bereich des Akzeptablen ausgegrenzt. Diese aktive Bestärkung sorgt gleichzeitig dafür, dass Alternativen zum

Schweigen gebracht, unterdrückt und marginalisiert, ausgehöhlt oder untergraben werden. (Corrigan/Sayer 1985: 4).

Wenn wir unser Hauptaugenmerk auf den Staat bzw. genauer auf die Staatsformation lenken, hilft uns ein Verständnis von Neoliberalismus, das die Vorstellungen von Kultur und Macht eingebettet sieht in das Konzept der Gouvernamentalität, die komplizierten und innovativen Weisen, in denen an Orten wie Chile im Kontext der gegenwärtigen politischen Ökonomie Macht ausgeübt wird, konzeptuell zu erfassen. Neoliberalismus ist vor allem eine kulturelle Transformation, die vergleichbar ist mit den Veränderungen, die den Wohlfahrtsstaat im kulturellen Sinne materiell machten, in jenem doppelten Sinn der Gestaltung von Lebensweisen – in ihrer materiellen Alltäglichkeit – und des Anbietens starker, symbolischer Ressourcen, die unter anderem die Welt des politisch Möglichen formten, indem sie sowohl die Grammatik als auch die Parameter politischen Handelns festlegten.

Den Neoliberalismus als kulturelle Revolution zu erforschen bedeutet notwendigerweise zu untersuchen, wie Transformationen in den Regeln und Praktiken zustande kommen, die an der Schaffung und Durchführung von Politik beteiligt sind. Im folgenden Abschnitt veranschauliche ich dieses Verständnis von Neoliberalismus, wobei ich von der Vermutung ausgehe, dass die chilenische neoliberale Revolution durch Praktiken und Diskurse von Feministinnen in ihren Eigenschaften als Expertinnen und Bürokratinnen ermöglicht wurde. Das Bestreben, Frauen zum expliziten Ziel von Sozialpolitik zu machen und die Maschinerie der Sozialpolitik im allgemeineren Sinne geschlechterbezogen zu betrachten – die vorrangigen Ziele des sogenannten institutionalisierten Feminismus – verwickelte eine riesige Zahl von Frauen. – Expertinnen, Praktikerinnen und Klientinnen – in ein Netz von Wissen und Praktiken, dessen Nettoergebnis die weit verbreitete Umsetzung von Techniken der Selbstführung ist. Darüber hinaus wird dieses Netz von eingebettetem Wissen und Kommunikation, das die Frauen heute zusammenbringt, durch wichtige gesetzliche Innovationen ermöglicht, die die Natur, den Charakter und die rechtliche Form sozialer Organisationen und NGOs definieren, die im gesellschaftlichen Bereich teilhaben wollen. Es zeigt sich, dass dieser Staat der Architekt neuer vertraglicher Verpflichtungen ist, die die „Zivilgesellschaft“ und die Bedingungen von Regierung neu gestalten.

Der chilenische Feminismus und die neue Rationalität von Regierung

Patricio Aylwin, der erste Regierungschef der *Concertación*, versprach für den Fall seiner Wahl, die UN-Deklaration zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen (CEDAW) zu ratifizieren und ein Amt auf Kabinettssebene zu

schaffen, das die Gleichberechtigung der Frauen vorantreiben sollte. Mit dieser Geste ging er auf die Forderungen einer bedeutenden Gruppe feministischer Hauptamtlicher und Gender-Expertinnen ein, die sich in die Debatten und Verhandlungen, welche zur Formulierung des politischen Projekts der Mitte-Links-Koalition geführt hatten, eingeschaltet hatten und die nun hofften, eine Agenda der Gleichberechtigung der Frauen durch institutionelle Mittel verfolgen zu können.⁸

Die erste *Concertación*-Regierung schloss das bestehende *Secretaría Nacional de la Mujer* (Nationales Frauen-Sekretariat), eine von der Militärregierung ererbte, von Freiwilligen geleitete Einrichtung, und schuf 1991 das *Servicio Nacional de la Mujer* (das Nationale Frauenbüro, SERNAM). Das SERNAM erhielt den Auftrag, „öffentliche Politik auf sektoralen und zwischenministerialen Ebenen zu entwerfen und zu koordinieren“ (vgl. SERNAM 1994). Im Lauf des vergangenen Jahrzehnts entwickelte es eine Reihe von Bildungskampagnen und rechtlichen Reformprojekten und war – in Verbindung mit anderen sozialen Ministerien und Einrichtungen – Wegbereiter für den Entwurf einer sogenannten gendersensiblen, innovativen Sozialpolitik und von Anti-Armuts-Programmen. Es steht im Zentrum von Bemühungen zur Modernisierung des Staates, die während der letzten Tage der Frei-Regierung erstmals formuliert und seit 2000 voll ausgeführt werden, indem die Gender-Perspektive alle Ebenen der Bürokratie durchdringen soll.⁹

So steht das SERNAM im Zentrum eines Prozesses, in dessen Verlauf sich der Feminismus institutionalisiert und das riesige Netzwerk des Aktivismus und Expertentums von Frauen, das sich in den 1980er Jahren entwickelt hat, so ausweitete, dass es inzwischen Universitätsprogramme für Gender-Studien, eine gestiegene Zahl von NGOs, die sich auf Frauen- oder Gender-Angelegenheiten spezialisieren, sowie jene bekannten Frauen-NGOs und unabhängigen Forschungszentren einschließt, die jetzt in spezialisierte *consultorias* (Beratungszentren) von geschlechterbezogenem Expertenwissen umgewandelt wurden.¹⁰ Schätzungsweise vierzehn Gender-Studien-Programme existieren heute an dreizehn privaten oder öffentlichen Universitäten in ganz Chile.¹¹ Darüber hinaus hat die Zahl der NGOs mit Frauenprogrammen ebenso zugenommen wie die von NGOs, die sich auf Gender-Fragen spezialisiert haben.¹²

Das Ende des Militärregime stellte die erste *Concertación*-Regierung unmittelbar vor die Herausforderung, die Institutionen zu transformieren und die Bürokratie mit Personal auszustatten. Nach den Wahlen von 1989 boten Regierungseinrichtungen, Ministerien, Universitäten und andere institutionelle Treffpunkte, die für begabte, chilenische Hauptamtliche fast zwei Jahrzehnte lang verschlossen gewesen waren, plötzlich Möglichkeiten eines Aufstiegs auf der Karriereleiter oder einer stabileren und besser bezahlten Anstellung. Diese begabten Hauptamtlichen waren während der 1970er und 1980er Jahre in unabhängigen Forschungsinstituten und einer Reihe von NGOs untergekommen. Ihre Versorgung

wurde nicht selten durch projektbasierte Finanzierung aus dem Ausland aufrechterhalten. Mit sehr wenigen Ausnahmen war ihre Arbeit zum größten Teil unsicher und bot wenig Möglichkeiten für Mobilität und Aufstieg. Dies traf insbesondere auf diejenigen zu, die an Entwicklungsprojekten beteiligt waren, welche Aktion und Forschung miteinander verbanden und die Menschen in armen Gebieten organisierten. Frauen bildeten einen großen Anteil dieser engagierten Hauptamtlichen und Experten für aktionsorientierte Forschung und Volksbildung. Sie arbeiteten auf fast ehrenamtlicher Basis. Die personelle Besetzung von Ministerien und staatlichen Einrichtungen, von Universitäten und anderen Institutionen, die in den frühen 1990er Jahren begann, bedeutete und bedeutet nicht nur die Abwanderung von Personal aus der Welt der NGOs und unabhängigen Forschungsinstitutionen, sondern – mit ihnen – auch die Übertragung eines Vermächnisses von Praktiken und Diskursen, das die Arbeit in jenen organisatorischen Umfeldern fast zwei Jahrzehnte lang belebt hatte.

In diesem Zeitraum verließen Aktivistinnen und hauptamtliche Frauen massiv die NGOs und Forschungszentren: sowohl bekannte Frauen aus der Bewegung, von denen einige sich in politischen Parteien etabliert hatten, als auch eine große Zahl von Forscherinnen mit Universitätsstudium, die unter prekären Bedingungen und mit geringer Bezahlung gearbeitet hatten; ferner Tausende von Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen, die mit Frauenorganisationen an der Basis gearbeitet hatten. Sie übernahmen mittel- und niederrangige Positionen in den sozialen Ministerien und dem *Fonds für Solidarität und Soziale Investitionen* (FOSIS), der innovativen Anti-Armuts-Agentur, die 1990 eingerichtet wurde.¹³ Hauptamtliche und Gender-Expertinnen schlossen sich auch mit dem SERNAM verbundenen Programmen an, wie z.B. CIDEM, das Informationszentrum für Frauenrechte, das als Teil des SERNAM eingerichtet wurde, und *Oficinas de la Mujer*, Frauenbüros in den Kommunalregierungen. Dieser Schritt zur personellen Besetzung der Bürokratie auf allen Ebenen wurde begleitet von einer gleichzeitigen Bearbeitung eines Klientels aus der Arbeiterklasse. Eine Aktivistin drückte es folgendermaßen aus: Wenn Frauen aus den NGOs zum Staat wechselten, „nahmen sie nicht nur ihren Lehrplan mit, sondern auch ihre sozialen Kontakte.“

Seit 1994 wurden die Aktivitäten von Experten, Bürokraten und Klienten in gendersensiblen, sozialen Programmen im Rahmen des *Plan de Igualdad de Oportunidades* (Plan für Chancengleichheit, PIOM) formuliert. Darüber hinaus wurden sie durch neue Regulierungen strukturiert, die die Zusammensetzung und den rechtlichen Status von solchen NGOs und sozialen Organisationen betreffen, welche als „zivilgesellschaftliche“ Partner eines aktivierenden Staates im sozialen Feld auftreten wollen. Die Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Gruppen kann man am besten als von vertraglicher Natur definieren. Der Wettbewerb um Projekte, bei denen staatliche Einrichtungen als Schiedsrichter fungieren, ist

für den Entwurf, die Durchführung und die Präsentation von Programmen zur Norm geworden. Nur diejenigen, die den strengen Auswahlkriterien genügen und einen rechtlichen Status genießen, können am Wettbewerb um Projekte und Finanzierung durch den Staat teilnehmen.

In das Jahr 1990 fiel eine weitere bedeutsame, institutionelle Reform, die Schaffung des *Programa de Promoción y Desarrollo de la Mujer* (Programm für die Förderung und Entwicklung von Frauen, PRODEMU). PRODEMU wurde geschaffen, um das Vakuum auszufüllen, das bei den in Mütterzentren organisierten, armen Frauen zurückblieb, nachdem die Kontrolle über ihre Koordinations-einrichtung, CEMA-Chile, per Gesetz dem Militär übertragen worden war. Seit ihrer Schaffung im Rahmen des Programms der Christdemokraten für die sozialpolitische Integration der Armen Chiles in den frühen 1960er Jahren hatten sich die Mütterzentren als effektives Mittel erwiesen, um Frauen in den armen Gebieten Chiles zu erreichen. Die Schaffung von PRODEMU als einer privaten Stiftung unter der Leitung der Frau des Präsidenten Luisa Durán war letztendlich ein Coup der *Concertación*-Regierung gegen die rechte Opposition im Kongress, die keine Frauen-Einrichtung wollte, welche die Macht gehabt hätte, Frauen für politische Ziele einzuspannen.¹⁴ Der Status von PRODEMU ist, vorsichtig gesagt, zumindest seltsam. Denn obwohl PRODEMU gesetzlich gestattet ist, Finanzmittel aus dem privaten Sektor einzuwerben, wird ihm auch die Finanzierung durch das Innenministerium garantiert. Tatsächlich scheint sich das Programm einer beträchtlichen Finanzierung zu erfreuen. Es ist in allen dreizehn Regionen des Landes sowie auf den provinziellen und zunehmend auch auf den kommunalen Ebenen vertreten. Anfangs rekrutierte es sein Personal aus der Welt der NGOs und setzte auch stark auf Frauen-Aktivistinnen aus den armen Gebieten, die auf die eine oder andere Weise mit der Frauenbewegung verbunden waren. In jüngerer Zeit ist es einem formaleren Muster der Stellenbesetzung gefolgt, indem es Personal mit geeigneten Referenzen in einem Wettbewerbsprozess auswählte. Obwohl es eine private Stiftung ist, hat es sehr starke Verbindungen zu verschiedenen Regierungseinrichtungen auf allen Ebene. Seit der zweiten *Concertación*-Regierung arbeitet es bei der Durchführung von an Frauen gerichteten Anti-Armuts-Programmen aktiv mit anderen sozialen Ministerien und Einrichtungen zusammen. Der Auftrag von PRODEMU hat sich in den letzten zehn Jahren ausdrücklich in Richtung Bildungsarbeit entwickelt. Dies spiegelt sich auch in seinem offiziellen Titel wider: *Frauen-Schule PRODEMU*.

Die Frauen, die die Zielgruppe von PRODEMU sind, hatten die Hauptlast von Chiles auf den internationalen Märkten nachlassender Wettbewerbsfähigkeit getragen, als die Arbeitslosenquoten stiegen und während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durchgehend hoch blieben. Sie waren auch die Hauptleidtragenden der Strategie intensiverer, globaler Integration unter der zweiten *Concertación*-

Regierung, die ständigen Lohnabbau und die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen als charakteristische Merkmale mit sich führte. Die meisten Frauen konnten sich trotz der Teilnahme an Trainingsprogrammen zur Vermittlung von Fertigkeiten für Kleinstunternehmen und ähnlichen Fortbildungen von PRODEMU *Escuela de la Mujer* nicht in den Arbeitsmarkt eingliedern oder in nennenswertem Umfang erwerbstätig werden. Dies gilt auch für die anderen während des vergangenen Jahrzehnts eingerichteten Initiativen, die sich an Frauen in extrem armen Verhältnissen richteten, beispielsweise das SERNAM-Programm für weibliche Haushaltsvorstände oder das FOSIS-Programm zur Gründung von Kleinstunternehmen. Daher meinte Gladys, eine Frau aus der Arbeiterklasse, die als *monitora* (Volksbildungsarbeiterin) bei PRODEMU arbeitet bei einem Interview im Januar 2001: „Die Idee von PRODEMU war früher, dass Frauen ein Geschäft lernen und sich in die Arbeitswelt einfügen sollten, und natürlich weiß man, dass das nie passiert, sondern dass die Frauen falsche Erwartungen bekommen... Sie verkaufen ‘*empanadas*’ von einem kleinen Karren und fühlen sich als Kleinstunternehmerinnen... Oder sie fangen an, zuhause Haare zu schneiden..., aber dann wird ihnen klar, dass das ihre Probleme überhaupt nicht löst.“

Wie man aus armen Frauen Bürgerinnen macht

Die Ursprünge der derzeitigen sogenannten zweiten Welle der Frauenbewegung können auf den prekären Menschenrechtsaktivismus nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 sowie auf das soziale Engagement der Katholischen Kirche, das sich v.a. im Rahmen des kurz nach dem Putsch eingerichteten Solidaritäts-Vikariats entwickelte, zurückgeführt werden.¹⁵ Diese Solidaritätsarbeit war Frauenarbeit *par excellence*. Sie stützte sich auf einen riesigen Pool von Fachfrauen aus der Linken – in erster Linie Sozialarbeiterinnen, Frauen in medizinischen Berufen, und Erzieherinnen – und auf technisches Personal aus einem ebenso riesigen Pool von nach links tendierenden Aktivistinnen aus den Volkssektoren. Letztendlich boten diese und andere organisierte Aktivitäten, die sich in der Folge entwickelten, auch eine Beschäftigungsmöglichkeit für junge, gerade fertig ausgebildete Fachfrauen in den „helfenden“ Bereichen. Diese engagierten Frauen arbeiteten mit Begeisterung auf ehrenamtlicher Basis oder für ehrenamtähnliche Löhne. Die Zielgruppe ihrer Programme waren wiederum in erster Linie Frauen.

Parallel zur Verfestigung der Diktatur etablierte sich auch die internationale Unterstützung für soziale Initiativen in Chile. So entstanden in den späten 1970er und den 1980er Jahren zahlreiche NGOs und unabhängige Forschungsinstitute, die ausnahmslos aus dem Ausland finanziert wurden. Als „gender“ zum anerkannten Schwerpunkt in internationalen Entwicklungshilfe- und Wissenschaftskreisen avancierte, wurden arme Frauen zu den bevorzugten „Zielen“ von Ent-

wicklung. Eine bedeutende Anzahl dieser Organisationen lernte, ihre eigenen Forschungsvorhaben so anzupassen, dass sie von den neuen Finanzierungsprioritäten profitieren konnten. 1989 befassten sich 87 von schätzungsweise 400 NGOs mit Frauenthemen. Weitere sieben hatten nur weibliche Mitglieder und arbeiteten fast ausschließlich mit Frauen (Loveman 1995: 130). Diese Initiativen betrieben angewandte, partizipatorische Aktions-Forschung, die sich in erster Linie auf Volksbildung und in geringerem Ausmaß auf sozialwissenschaftliche Forschung über die spezifische Lage der Frauen konzentrierte. Für dieses Netzwerk standen Bildungsaktivitäten im Mittelpunkt, die auf die Förderung des *empowerment* armer Frauen durch *desarrollo personal* (Selbstentwicklung) zielten, auch wenn dies in späteren Bewertungen der Vermächtnisse der Frauenbewegung überraschenderweise heruntergespielt wird. Eine Reihe von Workshops zu diversen Themen, angefangen von Frauenrechten unter dem chilenischen Gesetz bis hin zu Sexualität, Führungs(kräfte)training und anderen, bildeten mit der Zeit einen regelrechten Lehrplan, der später tatsächlich als „der feministische Lehrplan“ bekannt wurde. Diese Aktivitäten schufen eine feste Verbindung zwischen den Beiträgen von Fachleuten, die in der Produktion und Verbreitung von Wissen über Frauen engagiert waren (insbesondere Praktikerinnen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit), und denen von Leiterinnen und Aktivistinnen aus Frauen-Volksorganisationen. Zu diesem Geflecht gehörten auch die Finanzierungseinrichtungen, die vieles von dieser Arbeit überhaupt erst ermöglichten. Im Laufe der Zeit wurde eine beträchtliche Anzahl von Führungspersonen aus Volksorganisationen, die diesen Lehrplan selbst durchlaufen hatten, *monitoras* für NGOs. Das Ziel der persönlichen Entwicklung war revolutionär: Unterdrückerische Formen von Weiblichkeit sollten überwunden und ein neues weibliches Selbst konstruiert werden, indem Frauen lernten, autonome, selbstsichere Wesen zu sein: Subjekte ihres eigenen Lebens, angetrieben durch ein Bewusstsein ihrer Rechte, einschließlich ihres (in Anlehnung an Claude Leforts oft zitierten Ausspruch) „Rechtes, Rechte zu haben“.

Seit der Rückkehr zu einer zivilen Regierung haben sich die NGOs als Antwort sowohl auf die drastische Reduzierung der Finanzierung aus dem Ausland als auch auf die Forderungen der Agenda institutioneller Reformen seitens der *Concertación*-Regierung in radikaler Weise neu strukturiert. Heute spielen sie in der sozialen Agenda der Regierung, von der allein sie finanziell abhängen, eine kritische Rolle. Der neoliberalen Rationalität von Regierung folgend, greift der Staat heute nur in einer koordinierenden Funktion ein: als *ein* Partner in der sozialen Entwicklung. Der kritischere Partner ist die „Zivilgesellschaft“, der private Sektor, der im weitesten Sinne - neben den Klienten selbst - Wirtschaftsunternehmen und NGOs einschließt. Allerdings haben nicht alle NGOs, die während der Diktatur entstanden, diesen Neustrukturierungsprozess überlebt. Manche

restrukturierten sich als Beratungsfirmen, um den neuen, von der Regierung aufgestellten Kriterien zu genügen, während andere ganz verschwanden. Im gleichen Zeitraum schloss sich eine beträchtliche Anzahl von Fachleuten der Mittelklasse, technischen Experten und Aktivisten, die in NGOs und eigenständigen Forschungszentren arbeiteten, den verschiedenen Ministerien und Einrichtungen an. Frauen-Aktivistinnen aus dem Volk und ihre Organisationen waren und sind die Verliererinnen im Gerangel um neue Regierungsgelder und Stellen. Mit dem drastischen Rückgang internationaler Finanzierung für lokale NGOs und der expliziten Neuausrichtung der Finanzierung auf SERNAM und die regierungseigene, gendersensible soziale Agenda verloren Aktivistinnen und ihre Organisationen lebenswichtige Formen ökonomischer und symbolischer Unterstützung. Tatsächlich waren und sind arme und der Arbeiterklasse angehörende Aktivistinnen, die ihren eigenen persönlichen und politischen Wandel durchgemacht haben und zudem als *monitoras* für unzählige mit den Projekten von NGOs verbundene Aktivitäten professionell ausgebildet sind, die größten Verliererinnen bei der Aufmischung und Neuorganisation dieses Sektors. Der Aufruf an die jetzt als *Organismos Técnicos* bekannten NGOs, die sozialen Programme der Regierung an der Basis auszuführen, hat einen Prozess der Professionalisierung von Organisationen nach sich gezogen, der diese Frauen ständig weiter ausschließt. In diesem entstehenden, wettbewerbsorientierten „dritten Sektor“ sind zwar neue Erwerbsarbeitsmöglichkeiten geschaffen worden, aber die Stellen werden tendenziell an Sozialwissenschaftler mit Universitätsabschluss vergeben, nicht an Aktivistinnen, die in den NGOs ausgebildet wurden. Vielen dieser Aktivistinnen fehlen schlicht die Qualifikationen, die von den jetzt von der Regierung auferlegten, strengeren Einstellungskriterien gefordert werden. Während es einige dieser Frauen geschafft haben, erfolgreich um die wenigen verfügbaren, quasi-ehrenamtlichen Stellen als *monitoras* für die an arme Frauen gerichteten, auf Institutionen – sowohl der Parteien als auch der Regierung – beruhenden Programme zu konkurrieren, hatten viele andere keinen Erfolg. Widerwillig kehren sie zu einer Arbeit zurück, der sie für immer entkommen zu sein glaubten: zur Haushaltsarbeit und darauf bezogene Jobs (z. B. Putzen, Kinderbetreuung) sowie zu Aktivitäten im informellen Sektor. Andere Aktivistinnen sind in neue, familiäre Verantwortlichkeiten eingebunden: Sie sind Großmütter geworden und müssen jetzt zuhause bleiben, um sich um die Enkelkinder zu kümmern, weil ihre Töchter einer bezahlten Arbeit nachgehen.

Obwohl die Volksbildungs-Projekte von NGOs, die mit Frauen arbeiten, nicht mehr begünstigt werden, bilden die Diskurse und Praktiken des *empowerment* von Frauen durch Selbstentwicklung eines der stärksten Vermächtnisse des Frauen-Aktivismus der 1980er Jahre. Selbstentwicklung ist heute ein notwendiger, für selbstverständlich gehaltener erster Schritt bei jeder Art von auf Frauen zuge-

schnittenen Aktivitäten. So stellte eine Vertreterin von PRODEMU in einem Interview im Juli 1995 fest: „Die Erfahrung scheint uns zu zeigen, dass die Selbstentwicklung, die mit Selbstachtung beginnt, das effektivste System ist, um Ergebnisse zu erreichen, wenn man mit Frauen arbeitet.“ Selbstentwicklung, inzwischen einfach als *formación* bekannt, ist als ein Werkzeug aufgegriffen worden, um Frauen zu erreichen, ob in der Ausbildung von Fertigkeiten und in gemeinschaftlicher Selbstentwicklung oder in Ausbildungsprogrammen für Stellen vor Ort und für Kleinstunternehmen. Tatsächlich wurde eine Zeit lang sogar eine Serie von Workshops zur Selbstentwicklung von einer der nationalen Fernsehstationen ausgestrahlt.

Die Techniken und Methoden, mit denen der „feministische Lehrplan“ von Gender-Aktivistinnen und Expertinnen in Verbindung mit NGOs entwickelt und ausgeführt wurde, haben sich nun in dem Repertoire eingebürgert, das die *Concertación*-Regierungen benutzen, um Chiles neues Modernisierungsprojekt zu steuern. Darüber hinaus ist „persönliche Entwicklung“ nicht nur in unzähligen Umfeldern, angefangen von Regierungseinrichtungen über Universitäten und private Stiftungen bis hin zum Fernsehen, aufgegriffen worden. Schließlich wurden auch der Inhalt der Workshops und sogar der Begriff selbst mit der Zeit verändert, um sich sowohl dem sich verschiebenden Fokus des Modernisierungsprojektes anzupassen als auch den Bedürfnissen einer neuen Generation von Frauen, die bereits von sich selbst glauben, dass sie ein Gefühl für ihre eigenen „Lebensprojekte“ haben. Offensichtlich bringt diese Kultivierung neuer Arten der Selbstregulierung, die durch tagtägliche institutionelle Praktiken inszeniert wird und die sich in erster Linie an die arbeitenden Frauen richtet, eine neue Form von Beherrschung hervor. Die Klientelisierung von armen und der Arbeiterklasse angehörenden Frauen muss in diesem Kontext verstanden werden: Diese Frauen werden gegenwärtig zu einem neuen Typus von Klientinnen gemacht, und zwar mit Hilfe von Expertenwissen, Diskursen und Praktiken, die das Vermächtnis des Frauen-Aktivismus im Interesse der Emanzipation von Frauen sind.

In diesem deutlichen Zusammentreffen des Aufrufs der Frauenbewegung an die Frauen, ermächtigte, autonome und individuelle Personen zu werden, mit dem Projekt der Heranbildung von selbstregulierten Individuen werden arme und der Arbeiterklasse angehörende Frauen ermuntert, „autonome, verantwortliche Bürgerinnen“ zu werden und diese Bürgerinnenschaft auf dem Markt auszuüben, sowohl als Produzentinnen als auch als Konsumentinnen. Die Kehrseite dieses individualistischen Appells an Frauen als sich selbst regulierende Subjekte ist die Aufforderung an individualisierte Frauen, selbst für sich zu sorgen und die Verantwortung dafür, ob sie sich auf dem Markt durchsetzen oder nicht, alleine zu tragen.

Einer der Aufträge von Luisa Durán war es, die „gesellschaftliche Wirkung“ der Aktivitäten von PRODEMU zu steigern. Wie schon in den Jahren 1994-2000 ge-

staltet die Institution ihr Handeln auch heute weiterhin nach den Vorgaben der beiden Schlüsseldokumente „*Women's Equality Plan*“ („Plan für die Gleichberechtigung von Frauen“) und „*Superación de la Pobreza*“ („Überwindung der Armut“). Diese Dokumente bilden den Kern des *Chile-Barrio-Programms*. PRODEMU verspricht, „einen konkreten Beitrag zur Reduzierung von Armut und zur Verbesserung der Lebensqualität von Frauen zu leisten, die sich in einer Situation sozialen und/oder ökonomischen Ausschlusses oder der Marginalität befinden, und zwar durch ein Programm zur Bildung und zur Ausbildung von Fertigkeiten, das ihre Integration in den Wachstums- und Entwicklungsprozess der chilenischen Gesellschaft begünstigt“ (PRODEMU 2003). Dementsprechend meinte die derzeitige Vizepräsidentin Virginia Rodríguez in einem Interview im Dezember 2002, die Zielsetzung von PRODEMU sei, „Autonomie, Unabhängigkeit zu erzeugen. (...) Was die Frage produktiver Initiativen angeht, verändert sich die Welt, und Chile hat sich verändert. Aus diesem Grund sind diese Initiativen nicht mehr länger Teil eines möglichen und einigermaßen stabilen Einkommens.“ Die Frage ist natürlich, waren diese Initiativen jemals eine gangbare Option für Frauen?

Die Arbeitskraft von Frauen zu mobilisieren, ist immer ein zentraler Teil der Sozialpolitik und der Anti-Armuts-Programme der regierenden Mitte-Links-Koalitionen seit 1990 gewesen, insbesondere seit der zweiten *Concertación*-Regierung unter Eduardo Frei, die ausdrücklich das Ziel verfolgte, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Exporte zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund muss die Flexibilisierung der Arbeit als ein geschlechter- (und rassen-)bezogenes Phänomen verstanden werden. Frauen, meist jung und wenig qualifiziert, besetzen die unterste Stufe des Produktionsprozesses in immer mehr Sektoren der formellen Ökonomie Chiles, und bilden eine riesige Zahl von „flexibilisierten“ Arbeiterinnen. Sie sind in prekären, schlecht bezahlten und weitgehend unregulierten Jobs angestellt, ohne Zugang zu sozialer Sicherheit, und werden aufgrund ihres Geschlechts bei Löhnen, Kosten für Krankenversicherungen, Pensionen und Mutterschaftsangelegenheiten diskriminiert. In Santiago de Chile finden sich beispielsweise 79% der Frauen, die formell beschäftigt sind, in Fabriken oder in Dienstleistungsbetrieben: zwei Sektoren, die für ihre höchst prekären Arbeitsbedingungen bekannt sind.¹⁶ Andere Frauen gehen informellen Arbeiten in ihrer Nachbarschaft nach. Beispielsweise leisten sie Akkordarbeit in Vertragswerkstätten größerer Firmen oder arbeiten in den vielgepriesenen *microempresas*, Kleinstunternehmen, die, weit davon entfernt, ein Zeichen ökonomischer Rückständigkeit zu sein, funktional mit der formellen Ökonomie verbunden sind.¹⁷ Tatsächlich hat die Verbreitung dieser Art von oft unsichtbaren, in hohem Maße ausbeuterischen Formen von Scheinselbständigkeit in den *poblaciones* von Santiagos südlichem Umland, die heute zur „neuen Informalität“ gerechnet wird, Gewerkschaftsfunktionäre veranlasst, das Gebiet

die *maquila* von Chile zu nennen. Die dort arbeitenden Frauen müssen sich den Herausforderungen einer enormen Doppelbelastung stellen: Nachdem sie den Arbeitstag hinter sich gebracht haben, sind sie weiterhin allein für das Wohl von Familie und Gemeinschaften verantwortlich – unter Rahmenbedingungen, die von Chiles zusammenbrechender, sozialer Infrastruktur gekennzeichnet sind. Offensichtlich wird die neue, wettbewerbsorientierte, chilenische Wirtschaft auf dem Rücken der Frauen aufgebaut.

In den letzten zehn Jahren haben die aufeinander folgenden Regierungen der *Concertación* auf unter der Militärherrschaft erfolgreich durchgesetzte, radikale ökonomische und institutionelle Reformen aufgebaut, um ein Modell der Modernisierung an zwei Fronten voranzutreiben, das sie „Wachstums mit Chancengleichheit“ nennen¹⁸: Sie haben einerseits – besonders seit 1994 – die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Integration verfolgt, andererseits aber größere Gleichheit auf die politische Agenda gesetzt und dazu die Sozialausgaben erhöht, um die Armut zu reduzieren. Obwohl die offiziellen Zahlen vermuten lassen, dass das Ausmaß der Armut tatsächlich reduziert wurde – von 38,6% der Gesamtbevölkerung 1990 auf 21,7% 1998 –, sollten wir mit Schlussfolgerungen vorsichtig sein. Diese Zahlen messen nur die „monetäre Dimensionen des materiellen Konsums“, und lassen dabei andere Dimensionen des materiellen und nichtmateriellen, einschließlich des kulturellen Lebens unberührt, Dimensionen, welche die Fähigkeit der Menschen betreffen, in nennenswerter Weise an der gegenwärtigen „Modernisierung“ teilzunehmen. Tatsächlich verurteilt Armut in diesem umfassenderen Sinn, wie der chilenische Historiker Gabriel Salazar gezeigt hat, sehr viele Chilenen zu einer Art *pobreza ciudadana*, zu bürgerschaftlicher Armut. So ist Chile, während es sich vor 1973 des Status erfreute, eines der lateinamerikanischen Länder mit dem niedrigsten Stand von relativer Ungleichheit und mit den stärksten Indikatoren für soziale Entwicklung zu sein, heute hinter Nicaragua und Brasilien einer der ungleichsten Orte in Lateinamerika (Muñoz 1991: 23). Darüber hinaus ist die Armut heute verbunden mit Transformationen im Entwicklungsmodell während der letzten zehn Jahre, und steht in direktem Bezug zur Verbilligung der Arbeit und zu ihrer Reduktion auf Gelegenheitsarbeit durch Reformen und Beschäftigungspraktiken, welche Arbeit flexibilisieren und feminisieren. Diese Veränderungen haben den ständigen Abbau sowohl des Lohnniveaus als auch der Qualität der Beschäftigung, insbesondere der formellen Beschäftigungsverhältnisse, zur Folge. Die Reallöhne der Arbeiter sanken nach 1973 rapide, und begannen sich erst ab 1988 wieder zu verbessern (Barrera 1998: 138).¹⁹ Trotzdem haben sich die Verbesserungen bei den Mindestlöhnen nicht in entsprechende Veränderungen bei der Kaufkraft umgesetzt. Eine 1994 von ECLA/CEPAL durchgeführte Studie ließ beispielsweise vermuten, dass, obwohl es für den Zeitraum von 1990-1992 „wichtige Zugewinne“ beim Mindestlohn-Niveau

gegeben hatte, die Kaufkraft nur das Niveau von 1980 erreichte (Boron 1998: 48). Darüber hinaus erinnern uns die langfristigen Auswirkungen der Asienkrise von 1997 auf die Beschäftigungssituation und die Löhne daran, wie prekär diese Erholung eigentlich war.

Die Politik, die die *Concertación*-Regierungen seit den 1990er Jahren unter dem Leitwort „Wachstum mit Chancengleichheit“ verfolgte, hat zu einer radikalen Neustrukturierung des produktiven Sektors mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Zusammensetzung und Qualität der Arbeit geführt. Von den vereinten Anstrengungen zur Flexibilisierung der Arbeit sind Frauen in besonders dramatischer Weise betroffen: Die Kultivierung billiger, weiblicher Arbeitskraft oder – wie Ruth Pearson es in anderem Zusammenhang treffend nannte – das „Gedeihen“ von Frauenarbeit ist der Dreh- und Angelpunkt im Rennen des Landes um weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit (Pearson 1998).

Dieser neue Ansatz zur Linderung der Armut bürgerte einen dezentralen Arbeitsstil ein: Während kommunale Regierungen weiterhin für die Ausführung sozialer Programme und die fortbestehende soziale Unterstützung, den *asistencialismo de choque*, verantwortlich sind, wurde die „Zivilgesellschaft“, NGOs und andere Akteure des privaten Sektors, zum Ausführungsorgan der unzähligen Programme, deren Ziel die Steigerung der potentiellen Fähigkeiten der Armen ist. Darüber hinaus zeigen Informationen, die von lokalen Regierungen und von der *Asociación de Municipalidades* (Vereinigung der Kommunen), von FOSIS und von anderen Einrichtungen und sozialen Ministerien gesammelt werden, dass Frauen die Hauptklientinnen dieser Programme sind.

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Wohlfahrtsempfänger an der Durchführung sogenannter innovativer Sozialprogramme kann als Neuerung bei der von der Sorge um Bevölkerung geleiteten, institutionellen Form und Praxis gesehen werden, die den modernen Zustand von Regierung charakterisiert. Ihre Auswirkung ist klar: Sie hat dazu geführt, allgemein „die Gesellschaft“ in die Pflicht zu nehmen, indem sie Individuen und Gemeinschaften auffordert, sich frei und rational zu verhalten (Burchell 1996: 29).

In diesem strukturellen Kontext sind Frauen, die prekäre Arbeitsverhältnisse eingehen, nicht jene traditionellen Hausfrauen mit Kindern, die sich nicht für andere Arten von Arbeit entscheiden können. Es ist vielmehr eine jüngere Generation von Frauen, deren „Lebensprojekt“ sehr wohl eine bezahlte Beschäftigung als ein Hauptziel verfolgt. Aber das, was für sie erreichbar ist: prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsmöglichkeiten im Fabrik- und Dienstleistungssektor, entspricht nicht ihren Hoffnungen. Die Ziele von PRODEMU für den Zeitraum von 1994-2000, Frauen in produktive Aktivitäten einzugliedern, konnten also nicht erreicht werden. PRODEMU hat auf diese strukturelle Begrenzung ihrer Aktivitäten geantwortet, indem es sich einer weiteren Neustrukturierung unterzog, die im End-

effekt dazu geführt hat, die Anforderungen an das Training von Fertigkeiten für produktive Aktivitäten zu senken und sich auf die Bereiche der persönlichen Entwicklung und des Trainings für Leitungsfunktionen zu konzentrieren.

Die hauptsächliche Neuerung besteht darin, dass PRODEMU heute auf der Grundlage eines nationalen Programms strukturiert ist. Dazu kommen lokale und in den Provinzen verortete Programme in Gebieten, die als Ziele sozialer Aktionen ausgewählt sind. Diese Aktionen reagieren nach Aussage von Virginia Rodríguez im bereits erwähnten Interview „auf die Besonderheiten der angezielten Gebiete, solange diese in die institutionelle Vision und die weit gefassten institutionellen Zielsetzungen passen, die heute darin bestehen, Räume zu öffnen, um den Entwicklungsprozess der Frauen durch eine Bildungsintervention erleichtern, welche die Methode der Erwachsenenbildung nutzt.“ Diese Intervention geschieht in Form von verschiedenen Werkstätten zur Ausbildung von Fertigkeiten und zur persönlichen Entwicklung, die in drei weite Bereiche eingefügt werden: ‘ökonomisch-produktive Entwicklung’, ‘Entwicklung sozialer Gemeinschaft’ und ‘kulturelle Entwicklung’. Gegenwärtig durchziehen einige Schlüsselemente die Bemühungen von PRODEMU. In ihrem Interview im Dezember 2002 nennt Virginia Rodríguez: „Würdigung, Teilhabe, und eine geschlechterbezogene Perspektive“. Sie fügt hinzu, dass „die Überwindung der Armut aus unserer Sicht eine Anzahl von Komponenten erfordert, nicht nur ökonomische, sondern auch sozialpolitische. Sie erfordert auch, dass die Leute von ihrer erlernten Hoffnungslosigkeit lassen, für ihre Forderungen aufstehen und sich für ihre eigenen Projekte und dafür vorbereiten, die auf dem Markt existierenden Möglichkeiten zu ihrem Vorteil zu nutzen.“ Daher setzt das Bildungsprogramm von PRODEMU unter anderem voraus: „die Anerkennung eines Potentials für Entwicklung und Wachstum bei der teilnehmenden Frau, dessen wichtigste Protagonistin sie selbst ist und für das sie verantwortlich ist“ (PRODEMU 2003).

Frauen als unternehmerische Subjekte, als aktive Wesen mit ihren eigenen „Lebensprojekten“, die sich zentral auf den Wunsch nach produktiver Arbeit konzentrieren: das ist heute gleichzeitig die allgegenwärtige Beschwörungsformel von unzähligen Anti-Armuts-Programmen und zunehmend ein Wunsch, wenn nicht die Wirklichkeit, neuer Generationen von Chileninnen. Die derzeitige Sorge um das weibliche Selbst, die seit den frühen 1990er Jahren in diesen Programmen ersichtlich ist, ist eine mit Formen neoliberaler Regierung verbundene Neuerung, eine Expertenmeinung, die letztendlich im Vermächtnis der chilenischen Frauenbewegung begründet ist.

Schlussfolgerungen

Der Übergang zur zivilen Regierung 1990 brachte für die chilenische Frauenbewegung massive Veränderungen mit sich. Einige sprechen sogar davon, dass er das Ende der einstigen Bewegung einläutete. Tatsächlich wich die Mobilisierung, die in Chile zu Ende der Diktatur dank unzähliger, auswärtiger Finanzierungshilfen und eines organisatorischen Netzwerks, in dem NGO und populäre soziale Frauenorganisationen die vorherrschende Rolle spielten, erreicht wurde, in den 1990er Jahren einer Fragmentierung und inhaltlichen Diversifizierung der Frauenbewegung. Dieser Prozess machte auf jeden Fall deutlich, dass eine wichtige Hinterlassenschaft der Frauenkämpfe der 1980er, nämlich die Sorge darum, Frauen durch eine Veränderung ihrer vermutlich begrenzten Subjektivitäten zu *empowern*, eine wichtige Methode der Macht geworden ist.

Ich habe eine Analyse der Umgestaltung von feministischen Errungenschaften in Techniken zur Regierung von armen Frauen vorgeschlagen, die letztlich Arbeiten über Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* widerspricht, welche, wie beispielsweise Nikolas Rose, politische Macht „jenseits des Staates“ verorten. Solche Interpretationen betonen die Verbindung von Macht und Wissen in Bezug auf politische Rationalitäten von Regierung, klammern dabei aber Fragen von Handlungsfähigkeit aus und ignorieren die gegebenen sozialen Beziehungen. Daran hat Bruce Curtis zu Recht erinnert, dass „Neuerungen (beispielsweise ‘Expertentum’) nur verstanden werden können, wenn ihr Auftauchen in bestimmten sozialen Kämpfen begründet ist“ (Curtis 1995: 583). Daher hilft uns nur deren Berücksichtigung zu verstehen, wie derartige Innovationen zustande kommen, die es ermöglichen, Techniken zur Selbst-Regulierung bzw. allgemeiner spezifische Rationalitäten von Regierung in den Bürgern zu verankern.

Unter besonderer Betonung der Kultivierung eines individuellen, unternehmerischen Selbst in Frauen ist *Formación* ein Eckstein in innovativen Programmen und in Organisationen wie PRODEMU in diesem Politikfeld geworden. Besonders unter der aktuellen Leiterin Luisa Durán hat sich PRODEMU verpflichtet, Frauen durch *formación* und durch das Trainieren von Fertigkeiten zu lehren, dass sie sich selbst als „hauptsächliche und verantwortliche Protagonistinnen“ in einem „Entwicklungs- und Wachstumsprozess“ sehen.

In diesem Beitrag wurde angenommen, dass sich die erste Phase neoliberaler Reformen auf die Veränderung der Regeln des ökonomischen Spiels konzentrierte, während die zweite, subtilere Phase institutioneller Reformen die Werte und Prämissen des Marktes in Verbindung mit Neoliberalismus als beherrschende politische Grammatik und Rationalität von Regierung zementierte.²⁰

Ein Kernanliegen eines Teils der Frauenbewegung: die Durchsetzung von Frauenrechten im sozialen Feld, wurde auf ein Projekt der Integration von Frau-

en in den Entwicklungsprozess reduziert, indem Frauen darauf vorbereitet wurden, auf dem Arbeitsmarkt als selbst-regulierte, ökonomische Akteure zu handeln. Darüber hinaus konvergierte diese feministische Agenda mit dem späteren kulturell-moralischen Projekt der Veränderung, das - angestimmt von staatlichen Institutionen - neue Formen von Subjektivität unter Frauen, die in Armut leben, ermutigen und kultivieren sollte: Formen von Subjektivität, die der aktuellsten Phase des Kapitalismus angepasst sind. Indem breite Teile der chilenischen Gesellschaft in Beziehungen vertraglicher Natur verstrickt werden, verändert das neoliberale, kulturell-moralische Projekt die Beziehung zwischen Regierung und Regierten in einer Weise, die immer mehr abhängt „von den Formen, wie Individuen aufgefordert werden, den Status, Subjekte ihre Lebens zu sein, anzunehmen, von den Formen, wie sie selbst sich als bestimmte Subjekte entwerfen, von den Formen, wie sie ihre Freiheit ausüben. Regierung zielt zunehmend auf die Individuen in ihrer innersten Individualität ab, auf ihre praktischen Beziehungen zu sich selbst in ihrer Lebensführung, sie betrifft sie in ihrem tiefsten Herzen, indem sie ihre eigene Rationalität zur Bedingung aktiver Freiheit der Individuen macht.“ (Burchell 1996: 29f)

Schlussendlich stellt sich heraus, dass Frauen nicht einfach nur Mitläuferinnen oder Opfer neoliberaler Restrukturierungen waren; sie waren auch wichtige Akteurinnen bei der Konstruktion von Chiles schöner, neoliberaler Welt.

Aus dem Englischen übersetzt von Christine Berberich

Anmerkungen

- 1 In den Presseblättern des US-Establishments, wie z.B. dem *Wall Street Journal* und den Leitartikeln der *New York Times*, wurde Lagos' Wahlsieg als der Anfang eines neuen, gemäßigten Trends in der Linken der Region begrüßt. Die „sozialistische“ Lagos-Regierung wurde ausdrücklich jener früheren sozialistischen Regierung Chiles gegenübergestellt: der demokratisch gewählten, 1973 durch einen Militärputsch gestürzten, sozialistischen Regierung unter Salvador Allende, die die Einbildungen der USA so traumatisierte und eine direkte Bedrohung der kommerziellen Interessen der USA darstellte. Auch Leute wie Anthony Giddens, dem selbsternannten Guru und Erfinder des Begriffs 'der Dritte Weg', der sich vor Kurzem eine Zeit lang in Chile aufhielt und dort seine Theorie des „Dritten-Wegismusses“ erklärte, verglich sie zustimmend mit Tony Blairs Drittem Weg. Schließlich lobte Ignacio da Silva Lula, der Wert darauf legte, vor seiner Amtseinführung als Präsident von Brasilien einen inoffiziell-offiziellen Besuch in Chile zu machen, um Ricardo Lagos zu treffen, die neueste *Concertación*-Regierung erst kürzlich als ein Modell, dem es nachzueifern gelte.
- 2 Bei der Ausarbeitung dieses Punktes beziehe ich mich auf die Arbeit von Barbara Cruikshank 1999.
- 3 Ich leihe diese Formulierung von Nancy Frasers erhellender Kritik an feministischen Auseinandersetzungen mit Lacans Strukturalismus. Vgl. Fraser 1997: 155.
- 4 Zitiert von dem kubanischen Sozialforscher Juan Valdés Paz in einem Interview mit Carollée Bengelsdorf und Carmen Diana Deere, vgl. Bengelsdorf/Deere 1997: 28.

- 5 Nach Fernandez bedeuteten die „Jahre des Etatismus, in völligem Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip,... oft die Zerstörung legitimer Handlungsfelder für das Individuum, die Familie und die Kommune“ (Fernandez, zitiert in Austin 1998: 314).
- 6 Die Herausforderung, kulturell über den Staat nachzudenken, ist genau das, was Corrigan/Sayer 1984 in Bezug auf England gemacht haben. Damit eröffneten sie der marxistischen Soziologie neue Wege. Dem folgten entwicklungsfähige Beiträge wie die in Joseph/Nugent 1994 mit ihrem Schwerpunkt auf den mexikanischen Erfahrungen. Vor kürzerer Zeit hat eine Sammlung theoretischer Annäherungen an dieses Thema: Steinmetz 1999 versucht, diesen Ansatz explizit auf politische Wissenschaft und politische Soziologie anzuwenden.
- 7 Der Staat, so erinnert uns Marx, ist kein „Ding“, sondern „höchstens eine Botschaft von Herrschaft – ein ideologisches Gebilde, das den Unverbundenen Einheit, Struktur und Unabhängigkeit zuschreibt, strukturelose und abhängige Funktionen der Praxis von Regierung“ (zitiert bei Corrigan/Sayer 1985: 7).
- 8 Die Forderungen dieser Gruppe, der *Concertación de Mujeres por la Democracia*, und die institutionalisierte Form, die diese feministischen Forderungen im letzten Jahrzehnt angenommen haben, haben Legitimation und Unterstützung von starken Kreisen des transnationalen Feminismus gefunden. Tatsächlich hat die Agenda des institutionellen Feminismus während der gesamten 1990er Jahre an Legitimation gewonnen, als sie zunehmend mit den umfassenderen, internationalen Selbstverpflichtungen verbunden wurde, die von der chilenischen Regierung unterzeichnet wurden. Dazu gehört vor allem die Strategie der Integration von Frauen in Entwicklungsbemühungen, die in der UN Konvention über die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) dargelegt ist. Die Debatte teilte die Feministinnen in den späten 1980er Jahren in zwei Lager, die *politicas*, die im Rahmen einer Agenda von Rechten ein Projekt der Emanzipation der Frauen durch den Einsatz institutioneller Mittel verfolgten, und die *autonomas*, die auf der Autonomie der Frauenbewegung bestanden. Zu einer Beschreibung dieser Spaltung und ihrer Konsequenzen für verschiedene organisierte Frauen vgl. Schild 1998.
- 9 Aus der Sicht von Skeptikerinnen im SERNAM und anderen sozialen Einrichtungen muss sich der Erfolg dieser Bemühungen erst noch zeigen. Einige Ministerien scheinen die Idee begeistert aufzunehmen, während andere einschließlich des Bildungsministeriums blockieren. Feministische Kritikerinnen dieses Unternehmens fragen sich, was das Nettoergebnis dieses Mainstreamings für die Budgets von Einrichtungen wie dem SERNAM sein wird. Wer muss darauf abzielen, besonders in an Frauen gerichtete Programme zu investieren, so behaupten Vertreterinnen von SERNAM, FOSIS, und NGO-Mitarbeiterinnen in Interviews vom Dezember 2002, wenn Gender Teil des Diskurses des Politikmachens wird.
- 10 Diese Entwicklung läuft parallel mit der einiger bedeutender, forschungsbasierter NGOs, die als „think tanks“ für politische Parteien funktionieren, z.B. CIEPLAN u.a.
- 11 Die Universität von Chile beherbergt zwei davon, eines an der Fakultät für Philosophie und Humanwissenschaften, das andere an der Fakultät für Sozialwissenschaft. Die Katholische Universität hat ebenfalls ein Programm, das an das Institut für Geschichte angeschlossen ist. Andere Programme in Santiago umfassen die der Universität von Santiago, der Universität der Akademie des Christlichen Humanismus, der Bolivar-Universität und der Universität von Cardenal Silva Enríquez (ehemals Blas Caña). Zusätzlich wurden Gender-Studien-Programme eingerichtet an der Universität von Playa Ancha in Valparaíso, der Universität von Concepción, der Universität von La Serena, der Universität Arturo Prat von Iquique, der Universität José Santos Ossa in Antofagasta, der Universität La Frontera in Temuco und der Austral-Universität von Valdivia. Der Grad der Legitimität und Institutionalisierung dieser Programme variiert enorm.
- 12 NGO ist eine weit gefasste Bezeichnung für eine Reihe von verschiedenen organisierten Initiativen mit unterschiedlichen Graden von Institutionalisierung, Zusammensetzung, Arbeitsstilen, Legitimität und zeitlicher Dauer. Die aktuellen Zahlen von NGOs im Bereich von Frauen oder Gender und ihre Zunahme während der 1990er Jahre variiert entsprechend den Kriterien, die

von den Forschern benutzt werden. Teresa Valdés und Ann Matear schätzen, dass 1991 150 NGOs in Chile aktiv waren. Davon hatten 29 Frauenprogramme, 15 waren forschungsorientiert und auf Gender-Fragen spezialisiert (Valdés 1998: 492; Matear 1997: 97-105). Mitte der 1990er Jahre zählte das IDB 120 NGOs mit Frauenprogrammen und 38 Gender-Fragen spezialisierte NGOs (Gray 2000: 207). Demgegenüber gibt der auf Chile basierende Register *Guia Silbert* von 1999 die Zahl der NGOs mit Frauenprogrammen mit 16 an, diejenigen mit einem ausschließlichen Fokus auf Frauen- oder Gender-Fragen mit 24 (vgl. Barrig 1997).

- 13 Zu einer Analyse der Anti-Armuts-Programme dieser Agentur im Kontext der sogenannten neuen Sozialpolitik vgl. Schild (2000).
- 14 Luisa Durán ist auch die Präsidentin zweier weiterer Regierungseinrichtungen, die sich um die Anliegen von Frauen kümmern. Der ersten, INTEGRA, ist die Aufgabe anvertraut, Kinder aus extrem armen Verhältnissen in *centros abiertos* (offenen Zentren) zu betreuen, zu erziehen und zu ernähren. INTEGRA ersetzt die von der Militärregierung überkommene *Fundación de Ayuda a la Comunidad* (Stiftung für Gemeinschaftshilfe, FUNACO). Die zweite Einrichtung, die *Fundación Nacional de la Familia* (Nationale Familienstiftung), wurde von der Aylwin-Administration geschaffen, um ein Programm von Gemeinschaftszentren für Familien und zur Erholung anzubieten.
- 15 Die sogenannte „erste Welle“ der chilenischen Frauenbewegung wird mit dem Einsatz für das Wahlrecht und für soziale Reformen am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts assoziiert. Neuere historische Studien haben die Widersprüche und den heterogenen Charakter dieser Bewegung beleuchtet (vgl. Rosenblatt 2000; Hutchison 1995).
- 16 Diese Zahlen stammen aus einer neueren Studie, die von der Handelskammer von Santiago durchgeführt wurde. Sie erlaubten die Schlussfolgerung, dass Chile bezüglich der Arbeitsbedingungen im Verhältnis zu anderen lateinamerikanischen Ländern stagniert (vgl. Mujer/Fempres 2000).
- 17 Der informelle Sektor der Ökonomie hat sich in den 1990er Jahren dank der hier besprochenen Formen der Selbstbeschäftigung, der sogenannten neuen Informalität, beträchtlich ausgedehnt. Heute macht Scheinselbstständigkeit 27% der Beschäftigung aus, das entspricht 1,4 Millionen Beschäftigten. Dem gegenüber stellen die 3,6 Millionen Lohnarbeiter inklusive der 274.000 Personen, die hauptsächlich als Hausangestellte arbeiten, 70% der aktiven Arbeitskräfte dar (vgl. Riesco 1999: 111).
- 18 Ich beziehe mich in diesem Abschnitt auf eine ausführlichere Besprechung von Chiles Agenda „Wachstum mit Gerechtigkeit“ (vgl. Schild 2002).
- 19 Obwohl das Produktivitätsniveau seit 1972 um 60 Prozent gestiegen ist, liegen die heutigen Löhne inflationsbereinigt immer noch unter dem Niveau jenes Jahres (Riesco 1999: 125).
- 20 Mein Annäherung an den Staat, oder genauer an die Staatsformation, ist von Foucaults Arbeiten über Gouvernementalität, Bio-Macht und Bevölkerung sowie von Analysen über den Einfluss von Kultur auf Staatsformationen und öffentliche Politik beeinflusst (Foucault 1991; Steinmetz 1999; Rose 1999; Corrigan/Sayer 1985). Ich habe hier Nikolas Roses Verständnis von Rationalität von Regierung benutzt, um politische Macht als bestimmendes, diskursives Feld zu charakterisieren. Dieses Feld beinhaltet nicht nur eine bestimmte, politische Grammatik und ein bestimmtes, politisches Vokabular, das definiert, was „Probleme“ sind, sondern bietet auch die passenden ethischen Prinzipien und Erklärungsmuster an (Rose 1999: 28). Trotzdem bleibe ich mit Corrigan dabei, dass die Frage des Staates weiterhin im Mittelpunkt von Analysen zur zeitgenössischen politischen Macht stehen muss (Corrigan/Sayer 1985; Corrigan 1990). Staatliche Einrichtungen mögen nicht das alleinige Mittel zur Regierung von Bevölkerung sein, aber wie diese Studie gezeigt hat, bleiben sie hierfür weiterhin zentral.

Literatur

- Agacino, Rafael (2003): „Chile Thirty Years After the Coup: Chiaroscuro, Illusions, and Cracks in a Mature Counterrevolution“. In: *Latin American Perspectives* 30, 5 (September), S. 41-69.
- Austin, Robert (1998): *The State, Literacy and Popular Education in Chile, 1964-1990*. Unpublished Ph.D. Dissertation. La Trobe University, Victoria (Australien).
- Barrera, Manuel (1998): „Macroeconomic Adjustment in Chile and the Politics of the Popular Sectors“. In: Oshorn, Philip; Ducatenzeiler, Graciela (Hg.), *What Kind of Democracy? What Kind of Market?*, Pennsylvania (USA).
- Barrig, Maruja (1997): *De Cal y Arena: ONGs y Movimiento de Mujeres en Chile*, Santiago.
- Barry, Andrew; Osborne, Thomas; Rose, Nikolas (Hg.) (1996): *Foucault and Political Reason*, London.
- Bengelsdorf, Carollee; Deere, Carmen Diana (1997): Interview with Juan Valdés Paz. In: *NACLA XXXI*, 1 (July-August), S. 26-28.
- Brodie, Janine (1995): *Politics at the margins. Restructuring and the Canadian Women's Movement*, Halifax.
- Burchell, Graham (1996): „Liberal Government and Techniques of the Self“. In: Barry/Osborne/Rose 1996, S. 19-36.
- Boron, Atilio A. (1998): „Faulty Democracies? A Reflection on the Capitalist 'Fault Lines' in Latin America“. In: Aguero, Felipe; Stark, Jeffrey (Hg.): *Fault Lines of Democracy in Post-Transition Latin America*, Coral Gables.
- Corrigan, Philip (1990): *Social Forms/Human Capacities. Essays in Authority and Difference*, London.
- Corrigan, Philip (1994): „State Formation“. In: Joseph/Nugent 1994.
- Corrigan, Philip; Sayer, Derek (1984): *The Great Arch. English State Formation as Cultural Revolution*, Oxford.
- Cruikshank, Barbara (1999): *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*, Ithaca/London.
- Curtis, Bruce (1995): „Taking the State Back Out: Rose and Miller on Political Power“. In: *British Journal of Sociology* 46, 4 (December), S. 575-590.
- Dean, Mitchell (1994): *Critical and Effective Histories*, London: Routledge.
- Delpiano, Adriana (2002): *Ministerio SERNAM-Mision*, http://www.gobiernodechile.cl/gob2/documentos/sernam/disc_sernam.htm
- Foucault, Michel (1979): *Discipline and Punish. The Birth of the Prison*. Translated by A. Sheridan, London.
- Foucault, Michel (1980): „The Politics of Health in the Eighteenth Century“. In: Gordon, C. (Hg.): *Michel Foucault. Power/Knowledge*, Brighton.
- Foucault, Michel (1982): „The Subject and Power“. In: *Critical Inquiry* 8, S. 777-795.
- Foucault, Michel (1991): „Governmentality“. In: Burchell, Graham; Gordon, Colin; Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago: University of Chicago Press.
- Fraser, Nancy (1997): *Justice Interruptus*. New York and London: Routledge.
- Gray, Tricia Jean (2000): *A Decade of Democratization in Chile. The Effects of Women's Political Strategies*, Unpublished Ph.D. Dissertation, Miami University, Oxford/Ohio.
- Hutchison, Elizabeth (1995): *Working Women of Santiago. Gender and Social Transformation in Urban Chile, 1887-1927*, Ph. D. Dissertation, University of California, Berkeley.
- Joseph, Gilbert M.; Nugent, Daniel (Hg.) (1994): *Everyday Forms of State Formation*, Durham/London.
- Lechner, Norbert; Levy, Susana (1984): „Notas sobre la vida cotidiana III. El disciplinamiento de la mujer“. In: *Material de Discusión* 57, Santiago.

- Loveman, Brian (1995): „Chilean NGOs: Forging a Role in the Transition to Democracy“. In: Reilly, Charles A. (Hg.): *New Paths to Democratic Development in Latin America. The Rise of NGO-Municipal Collaboration*, Boulder.
- Matear, Ann (1997): „Gender and the State in Rural Chile“. In: *Bulletin of Latin American Research* 16, 1, S. 97-105.
- Mujer/Fempres (2000). *Deteriorada Condición Laboral de las Mujeres*. 226, September, Internet Edition, <http://www.fempres.cl>.
- Muñoz Goma, Oscar (1991): „Estado, desarrollo y equidad. Algunas preguntas pendientes“. In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Sonderausgabe 31.
- Pearson, Ruth (1998): „‘Nimble Fingers’ Revisited. Reflections on Women and Third World Industrialization in the Late Twentieth Century“. In: Jackson, Cecile; Pearson, Ruth (Hg.): *Feminist Visions of Development*, London.
- PRODEMU (n/d) (2003): *Preparando a la Mujer del Siglo XXI*. PRODEMU Official Statement, <http://www.prodemu.cl>
- Riesco, Manuel (1999): „Chile, a Quarter of a Century on“. In: *New Left Review* 238, S. 97-125.
- Rose, Nikolas (1996): „Governing ‘Advanced’ Liberal Democracies“. In: Barry/Osborne/Nikolas (1996).
- Rose, Nikolas (1999): *Powers of Freedom*, Cambridge/New York.
- Rose, Nikolas; Miller, Peter (1992): „Political Power beyond the State. Problematics of Government“. In: *British Journal of Sociology* 43, 2 (June), S. 173-205.
- Rosenblatt, Karin A. (2000): *Gendered Compromises. Political Cultures and the State in Chile, 1920-1950*, Chapel Hill.
- Schild, Verónica (1998): „New Subjects of Rights? Women’s Movements and the Construction of Citizenship in the ‘New Democracies’“. In: Alvarez, Sonia E.; Dagnino, Evelina; Escobar, Arturo (Hg.): *Cultures of Politics/Politics of Cultures*. Boulder.
- Schild, Verónica (2000): „Neo-liberalism’s New Gendered Market Citizens. The ‘Civilizing’ Dimension of Social Programmes in Chile“. In: *Citizenship Studies* 4, 3, S. 275-305.
- Schild, Verónica (2002): „Engendering the New Social Citizenship in Chile. NGOs and Social Provisioning Under Neo-Liberalism“. In: Molyneux, Maxine; Razavi, Shahra (Hg.): *Liberalism and its Discontents*, Oxford.
- SERNAM (1994): *Memoria: Servicio Nacional de la Mujer, 1990-1994*, Santiago.
- Smith, Dorothy E. (1990): *The Conceptual Practices of Power. A Feminist Sociology of Knowledge*, Toronto.
- Steinmetz, George (Hg.) (1999): *State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn*, Ithaca/London.
- Valdés, Teresa (1998): „Entre la modernización y la equidad“. In: Toloza, Cristian; Lahera, Eugenio (Hg.): *Chile en los noventas*, Santiago.
- Valdés, Teresa; Weinstein, Marisa (1993): *Mujeres que sueñan. Las organizaciones de pobladoras en Chile: 1973-1989*, Santiago.
- Valdés, Teresa; Weinstein, Marisa; Toledo, Maria Isabel; Letelier, Lily (1989): „Centros de Madres 1973-1989. Sólo disciplinamiento?“ In: *Documento de Trabajo* 416, Santiago.

Anschrift der Autorin:

Verónica Schild

University of Western Ontario

Social Science Centre

CAN - London, Ontario N6A 5C2

Kanada

Email: veronicaschild@hotmail.com